
ALTERNATIVEN ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER BRD

Rudolf Hickel

I. Die Anstöße zur Vorlage von Memoranden

1. Die Situation seit 1975

Seit 1975 hat sich viermal eine organisatorisch nicht gebundene und verbundene Gruppe kritischer Wirtschaftswissenschaftler, die an Universitäten, in Forschungsinstituten, Gewerkschaften und Parteien arbeiten, durch die Vorlage von „Memoranden“ zur Wirtschaftspolitik zu Wort gemeldet¹. Trotz Unterschiedlichkeiten in der Schwerpunktsetzung – vor allem in der theoretischen und empirischen Ausführlichkeit – sind diese „Memoranden“ durch eine Gemeinsamkeit charakterisiert. Im Gegensatz zu vorherrschenden marktoptimistischen Diagnosen und Prognosen wirtschaftlicher Entwicklung, stellen die „Memoranden“ die dabei systematisch vernachlässigten – in der Markttheorie als Restgröße behandelten – Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in den Vordergrund. In den jeweiligen „Memoranden“ geschieht dies auf vier Ebenen:

– In einer „Situationsanalyse“ werden die sozialökonomischen Auswirkungen krisenhafter Wirtschaftsentwicklung auf die Lage der Arbeitnehmer empirisch detailliert beschrieben.

– Die Kritik gegenüber der offiziellen wirtschaftspolitischen Beratung – vor allem durch den „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR), die meisten wirtschaftswissenschaftlichen Institute sowie die wissenschaftlichen Beiräte beim Bundesfinanz- und -wirtschaftsministerium – richtet sich gegen deren Fundamentalthese, die ökonomischen und sozialen Probleme würden über die Gewinnwirtschaft für alle Beteiligten – auch die Arbeitnehmer – gleichermaßen optimal gelöst.

– Die kritische Analyse „praktizierter Wirtschaftspolitik“ schließt sich an. Die mangelnde Effizienz sowie die Auswirkungen einer vorwiegend indirekten, auf funktionsfähige Marktprozesse setzenden Wirtschaftspolitik werden untersucht.

– Der Nachweis der Notwendigkeit und Möglichkeiten einer „alternativen Wirtschaftspolitik“, durch die prinzipiell die krisenverursachende Dominanz gewinngesteuerter Produktion und Verteilung zugunsten direkter und aktiv-politischer Gestaltung – bei weiterem Ausbau von Demokratisierung und Mitbestimmung – zurückgedrängt werden soll, bilden den Abschluß aller bisher vorgelegten „Memoranden“.

Der Anstoß zur fortgesetzten Vorlage dieser „Alternativgutachten“, aber auch ihre breite Resonanz hängen mit der wirtschaftlichen Entwicklung, ihrer dominanten Interpretation und der entsprechend eingerichteten Wirtschaftspolitik zusammen. Seit der schwersten Nachkriegs-Wirtschaftskrise 1974/75 – im Krisenjahr 1975 wurde das erste „Memorandum“ vorgelegt – hat sich die Arbeitslosigkeit als Dauerphänomen eingestellt. Die durch die Arbeitnehmer insbesondere vorfinanzierten Gewinn- und Produktionsauf-

schwünge in den Nachfolgejahren schlagen auf die Arbeitsmärkte nicht mehr nachhaltig durch. Durch die zunehmende Relevanz der Rationalisierungsinvestitionen – über staatliche Technologiepolitik aktiv gefördert – kommt es zu einer „Entkopplung“ zwischen Produktions- und Beschäftigtenentwicklung. Die wirtschaftliche Entwicklung polarisiert sich zu Ungunsten der Arbeitnehmer.

Seit der Wirtschaftskrise 1974/75 empfiehlt die marktorthodoxe Wirtschaftswissenschaft – allen voran der „Rat der fünf Weisen“ – massiv eine Antikrisenpolitik, in deren Mittelpunkt die Umverteilung zugunsten der Gewinne steht. Durch zurückhaltende Lohnpolitik einerseits und entsprechende Finanzpolitik andererseits sollten die Gewinne verbessert werden, den aus ihnen resultierten beschäftigungssichernden Investitionen. Die mittelfristige Wirtschaftspolitik ist zum Großteil von ihren Grundlagen her dieser Umverteilungsstrategie gefolgt. „Haushaltskonsolidierung“ zu Lasten sozialorientierter Teile des Budgets einerseits und Steuerentlastungs- sowie Ausgabenprogramme zur Stabilisierung privatwirtschaftlicher Gewinne andererseits.

Die „Memoranden“ haben sich von Anfang an gegen diese theoretisch unbewiesene, empirisch widerlegte, ökonomisch erfolglose und sozialpolitisch unverantwortliche Umverteilungsstrategie gewandt. Bereits im ersten „Memorandum“ mit dem Titel „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ wurde diese einfältige Antikrisenformel scharf kritisiert. Inzwischen liegen auch deutliche empirische Erfahrungen vor, die belegen, daß die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung über eine Gewinnstimulierung nicht erreicht und gesichert werden kann. Trotz dieser gegenteiligen Erfahrung, trotz wiederholter Kritik durch die Gewerkschaften, aber auch durch die „Memoranden“, scheint diese Politikformel nicht aus der Welt zu schaffen zu sein. Unbeein-

druckt von der Tatsache, daß Lohnzurückhaltung und teure staatliche Konjunkturpolitik auf den Arbeitsmärkten kaum positive Effekte auslösen konnten, unbeeindruckt von der Erfahrung, daß es zu Preissteigerungen gekommen ist, die die Lohnsituation real verschlechtern, wurde mit dem ganzen Aufwand offiziöser wirtschaftspolitischer Beratung, sowie dem Einsatz der Massenmedien der Versuch unternommen, die aktuelle lohnpolitische Runde für 1980 erneut auf die Hoffnung einzustimmen, weitere Gewinnverbesserung würde sich mittelfristig in einer verbesserten Beschäftigungslage niederschlagen. Der SVR besteht mit seinem jüngsten Jahresgutachten (1979/80) auf der mittelfristigen Strategie der Verstetigung der Formel: Gewinne – Investitionen – Beschäftigung.

2. Die Krisenerklärung des marktorthodoxen Beratungskartells

Im Zentrum wissenschaftlicher Kritik mußte und muß jene Wirtschaftswissenschaft stehen, die für diese marktorthodoxe Antikrisenpolitik das entsprechende Erklärungsmuster liefert. Dies impliziert vor allem die Kritik des Krisenszenarios, das der „SVR“ erstmals geschlossen im 75er Jahresgutachten vorgelegt hat und das die theoretische Legitimation für die praktizierte Wirtschaftspolitik abgeben sollte. Im Kern läuft die „Sachverständigen“-Krisenerklärung auf die Feststellung hinaus, daß im Prinzip gewinngesteuerte Marktwirtschaften in sich stabil seien, also eine krisenfreie, optimale Produktion, Verteilung und Beschäftigung garantieren könnten. Wenn es zu Krisen komme, dann seien diese „außermarktmäßig“ bedingt. Außerhalb des Marktes stehende Kräfte würden also „marktin-konforme“ Ansprüche stellen, die dieser nicht verarbeiten könne und deshalb mit Produktions- und Beschäftigungseinschränkung zwangsläufig

reagieren müsse. Als „außermarktmäßige“ Störenfriede gegenüber einer an sich als stabilisierungsfähig behaupteten Wirtschaft bezeichnet der SVR lohnfordernde Gewerkschaften und den Konjunktur- und Sozialpolitik betreibenden Staat.

Im 1976 angebotenen Konstrukt der „Mindestlohnarbeitslosigkeit“ werden die beschäftigungspolitischen Konsequenzen dieser machtfremden Einflüsse durch den SVR festgehalten: Einerseits setzen danach die Gewerkschaften Löhne durch, die über denen liegen, die sich am Markt – was das auch immer heißt – einspielen würden. Andererseits sorgt die Konjunkturpolitik – durch Ausgabenprogramme – und die Sozialpolitik – durch soziale Sicherung von Arbeitslosen – dafür, daß die aus zu hohen Löhnen abgeleitete Arbeitslosigkeit politisch überdeckt wird. Im Klartext heißt das: Die eigentlich krisenkompensierende Politik wird in die Ursache der Wirtschaftskrise umgemünzt, denn dem SVR-Konzept nach wird durch ein System konjunktur- und sozialpolitischer Interventionen verhindert, daß der einzelne Beschäftigte die Risiken der Arbeitslosigkeit auch individuell verspürt und darüber ein Druck auf sinkende Löhne zustande kommt. Die Vorstellung eines vollbeschäftigungskonformen Lohnniveaus, das der SVR analytisch nicht bestimmen kann, steht dahinter. Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen aus der so verdrehten Kausalität zwischen Ursache und Folgen der Wirtschaftskrise sind deutlich: Wenn Vollbeschäftigung erreicht werden soll, müssen Lohnzuwächse zurückgeschraubt und Konjunktur- und Sozialpolitik – im Sinne der Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos – zurückgenommen werden.

Arbeitslosigkeit könnten nur die abbauen, die sie verursacht hätten, und das sind lt. SVR nun einmal die lohdurchsetzenden Gewerkschaften sowie der sozial absichernde Staat. Das kapitalistische Wirtschaftssystem

wird so von endogenen Krisentendenzen, die aus der Struktur gewinngesteuerter Produktion und Verteilung resultieren, freigesprochen. Die Therapie spitzt sich insgesamt auf die Forderung zu, durch lohnpolitische Zurückhaltung sowie durch Umschichtung der Haushalte zugunsten „wachstumspolitischer Vorsorge“ die privatwirtschaftliche Gewinnlage zu verbessern, denn diese sei die Voraussetzung für Investitionen und damit neu entstehende Arbeitsplätze.

Gegen diese sich verbreitende Kriseninterpretation und die mit ihr verbundenen wirtschafts- und sozialpolitischen Konsequenzen wenden sich alle bisher vorgelegten „Memoranden“. Die Notwendigkeit dieser Kritik kann nicht genügend betont werden, zeigt sich doch, daß gerade angesichts sich vertiefender Krisentendenzen paradoxerweise auf längst totgeglaubte Ladenhüter der marktwirtschaftlichen Dogmengeschichte zurückgegriffen wird. Dieser Rückgriff hat insbesondere die Funktion, Lernprozesse aus der Wirtschaftskrise in Richtung notwendiger Reformen des Wirtschaftssystems zu verhindern. Der Forderung nach Krisenabbau durch weniger Markt wird die Parole nach noch mehr Markt entgegengesetzt. Nur so ist es zu verstehen, daß selbst die gesetzlich verankerten Errungenschaften keynesscher Einkommens- und Beschäftigungspolitik durch den SVR theoretisch und „politisch“ (1978) zum Großteil zurückgenommen werden. Denn der keynessche Nachweis, daß privatwirtschaftliche Systeme zu „unfreiwilliger“ Arbeitslosigkeit, also einer Situation, wo Arbeitswillige nicht arbeiten können, führen, stellt ein Ärgernis für Markttheoretiker dar. Anstatt die keynessche Wirtschaftspolitik über ihre eigenen Beschränkungen hinauszuführen, wird sie theoretisch zurückgenommen. Die Arbeitslosigkeit wird entweder zur „unechten“ (Mindestlohnarbeitslosigkeit) erklärt, oder aber sie wird als „freiwillig“ bezeichnet; sie soll aus der Suche

nach besseren Beschäftigungsbedingungen („Sucharbeitslosigkeit“) entstehen. Derartige, theoretische Verdrängungs- und Rationalisierungsversuche der Arbeitslosigkeit häufen sich in den letzten Jahren.

Die Kritik dieser Varianten der Verdrängung, Rationalisierung und Verharmlosung von Arbeitslosigkeit, die der SVR immer wieder aufgreift, würde sich nicht lohnen, handelte es sich nur um akademische Spielereien. Dem ist jedoch nicht so. In einer steigenden theoretischen und politischen Verunsicherung angesichts krisenhafter Tendenzen wächst der Einfluß dieser Denkweise, die durch machtvollen Instanzen und Medien pausenlos vermittelt wird, auf das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handeln. Fortschrittliche Kräfte in der Politik, aber auch die Gewerkschaften geraten unter massiven Dauerdruck. Verdeutlichen läßt sich dies auch an der tarifpolitischen Situation Ende 1979: Die gesamte organisierte Meinungsbildung wird mit scheintheoretischer Plausibilität auf die Notwendigkeit eingeschworen, erneut zurückhaltende Lohnabschlüsse zu praktizieren – der SVR fordert dies mit der Versprechung späterer, positiver Beschäftigungswirkungen; der Großteil der Massenmedien (Funk, Fernsehen, Presse) schließt sich dieser Argumentation an; die Bundesregierung begrüßt diese Präformierung der Tarifpolitik; die Bundesbank stellt ihre Geldpolitik so ein, daß die Lohnüberwälzung in höhere Preise von vornherein nicht finanzierbar wird; die Verbände des Wirtschafts- und Kreditsystems unterstützen diese Politik. Die gewerkschaftliche Politik steht damit einer massiven Einflußnahme durch scheinneutrale Politikberatung, Meinungsbildungsimperien sowie industriell orientierte Verbänden gegenüber.

Das Szenario ist so gestaltet, daß bei eventuell ansteigender Arbeitslosigkeit – selbst wenn sie auf gewinnwirksame Rationalisierungsinvestitionen

zurückgeht – diese der gewerkschaftlichen Lohnpolitik zugeschanzt wird. Denn man erinnere sich der Festbeschreibung des Verschuldungsprinzips durch den SVR: Arbeitslosigkeit – egal woher sie kommt – indiziert immer ein zu hohes Lohnniveau. Anders ausgedrückt: die Löhne bleiben der einzige Schraubenschlüssel, der gegen Krisen eingesetzt werden soll. Gegen die Aussagen und Techniken, mit denen dieses umfassende offiziöse wirtschaftspolitische Programmierungskartell operiert und für das nur die gewerkschaftliche Politik gut ist, die ihren Vorstellungen folgt, ist die vereinzelte, individuelle wissenschaftliche Kritik hilflos.

3. Wirtschaftswissenschaftliche „Gegenöffentlichkeit“ geboten

Die Zurückdrängung des Einflusses dieses Beratungskartells auf die öffentliche Meinungsbildung verlangt die Mobilisierung einer Gegenöffentlichkeit. Die inhaltliche Orientierung dieser Gegenöffentlichkeit muß wissenschaftlich ausgerichtet sein. Denn das vorherrschende Beratungskartell basiert auf dem desorientierenden Anspruch, wissenschaftlich fundiert und wertneutral zu argumentieren. Zu zeigen, daß sich hinter dieser behaupteten Neutralität und Sachrationalität die Pflege spezifischer Wirtschaftsinteressen verbirgt, und daß die empfohlene Politik erfolglos bleibt, ist eine Hauptaufgabe der Kritik. Positiv gewendet heißt das: im Mittelpunkt der sozial-ökonomischen Alternativanalysen steht diagnostisch die Beschreibung der Lage der Arbeitnehmer und therapeutisch die Absicht, diese stetig zu verbessern.

Die Etablierung einer Gegenöffentlichkeit in diesem Sinne war und ist die vorrangige Aufgabe von „Memoranden zur alternativen Wirtschaftspolitik“.

Absicht der „Memoranden“ ist es, Wirtschaftswissenschaftler – unab-

hängig von ihrer sonstigen Tätigkeit und Einstellung – zusammenzubringen. Dabei eint diese Wirtschaftswissenschaftler die Grundauffassung, einerseits die Neutralitätsthese herrschender Politikberatung auf ihre Interessenstandpunkte hin aufzulösen und andererseits die Lage der Arbeitnehmer zum Ausgangspunkt der Analyse und Therapie zu nehmen. Instrumente der Etablierung einer „Gegenöffentlichkeit“ sind Pressekonferenzen, Vorträge, Bildungsarbeit und Veröffentlichungen, mit denen die erstellten und unterzeichneten „Memoranden“ verbreitet werden.

II. Die Adressaten

Aus der generellen Zielsetzung dieser „Gegenöffentlichkeit“, die sich autonom versteht und verstanden wissen will, ergeben sich die unterschiedlichen Adressaten für die „Memoranden“:

1. Die herrschende Wirtschaftswissenschaft

Die „Memoranden“ richten sich selbstverständlich gegen die herrschende Wirtschaftswissenschaft. Sie wollen sich an der Zielsetzung messen lassen, die ökonomischen Wirkungszusammenhänge sowie deren sozialökonomischen Folgen theoretisch zu analysieren und empirisch zu belegen. Die theoretische Kritik konzentriert sich insbesondere auf all die Versuche, Marktwirtschaften von der Krisentendenz freizusprechen. Darüber hinaus aber geht in die „Memoranden“ ein Wissenschaftsverständnis ein, das Theorie und Praxis explizit in Zusammenhang bringt. Die „Memoranden“ betonen die Möglichkeit alternativer Gestaltbarkeit ökonomisch-gesellschaftlicher Verhältnisse. Was in den herrschenden Modellen der Ökonomie gelegentlich in Form von Prämissen festgeschrieben wird – der ökonomische

rahmen – erweist sich bei näherem besehen als eine gesellschaftliche Option, die jedoch zur Disposition gestellt werden kann. Die Konzeption einer „alternativen Wirtschaftspolitik“ beruht auf diesem produktiv auszunutzenden Zusammenhang von Theorie und Praxis. Werden in der Analyse die Systemfolgen und -grenzen ökonomischer Reproduktion – etwa die Unvermeidbarkeit zyklischer Krisen – gezeigt, so fällt dem Nachweis von „Alternativen“ die Funktion zu, deutlich zu machen, wie durch institutionelle Veränderungen diese überwunden werden können. Die Intensität der Alternativen unterscheidet sich je nach der Tiefe des Eingriffs in die Systemstruktur. Diese Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis führt gelegentlich zu dem Vorwurf, man verlasse damit den Boden der Wissenschaftlichkeit. Indem jedoch die marktorthodoxe Ökonomietheorie die Thematisierung ihres vorgegebenen institutionellen Rahmens ausschließt, affirmiert sie diesen und gibt ihn nicht zur gesellschaftlichen Disposition frei. Schon allein deshalb bleibt die Reichweite entsprechender Theoriebildung sehr eng. Im Verhältnis zu den realen krisenhaften Vorgängen gerät diese Theorie leicht zur Rechtfertigungslehre.

Der Einfluß der „Memoranden“ auf die wirtschaftswissenschaftliche Auseinandersetzung ist nicht von der Hand zu weisen. Zum Teil ist es gelungen, diese in die Lehr- und Seminararbeit einzubeziehen. Sicherlich ist auch die wachsende Relevanz darin zu sehen, daß sich die etablierte Wirtschaftswissenschaft dazu gezwungen sah, sich mehrfach mit den „Memoranden“ auseinanderzusetzen².

Die Schärfe der Kritik, die ihren Nährboden in den marktwirtschaftlichen Dogmen hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Notwendigkeit zur Auseinandersetzung mit den „Memoranden“ gesehen wird.

Selbstverständlich richten sich die „Memoranden“ auch auf die Arbeit

des „Sachverständigenrates“. Es wäre wohl naiv, bei der Zusammensetzung des „Rats der fünf Weisen“ erwarten zu wollen, daß die „Memoranden“ auf die inhaltliche Ausgestaltung der „Jahresgutachten“ zentralen Einfluß ausüben könnten. Immerhin sah sich der SVR aufgrund verschiedener Kritiken, die auch durch die „Memorandumsarbeit“ forciert wurden, dazu veranlaßt, Korrekturen bzw. Abschwächungen bei seiner Argumentation vorzunehmen. So ist die These zum Zusammenhang zwischen Lohnniveau und Beschäftigung im Jahresgutachten 1978/1979 mit deutlich mehr Zweifeln vorgetragen worden. Weiterhin hat der SVR im Gutachten für 1979/80 die Berechnungsgrundlage für die Bestimmung des „konjunkturellen Impulses“ in einem entscheidenden Punkt revidiert. Die Strukturquoten für staatliche Haushaltspolitik (Steuer-, Staatsausgaben-, Kreditfinanzierungsquote usw.) des Basisjahres 1966, für das volkswirtschaftliches Gleichgewicht unterstellt wurde, werden nicht mehr als Referenzgrößen herangezogen. Entsprechend der These, daß sich diese Strukturgrößen vor allem durch Krisenentwicklungen verändern, setzt der SVR jetzt Jahresdurchschnittswerte ein. Nach einer Phase scharf kritisierte Rücknahme keynesianischer Wirtschaftspolitik, die der SVR durch eine reine Angebotsstrategie zur Verbesserung der Gewinne ersetzt wissen wollte, wird jetzt wieder von der Doppelstrategie – Angebots- und Nachfragepolitik – ausgegangen.

2. Die breite Öffentlichkeit

Ein weiterer Adressat der „Memoranden“ ist die breite Öffentlichkeit, die über die Massenmedien informiert werden.

Sicherlich bilden in diesem Zusammenhang die Massenmedien keine stabile Basis für eine aktive „Gegenöffentlichkeit“. Die Tatsache aber, daß

die „Memoranden“ in Form von Pressekongressen jeweils zum „1. Mai“ vorgelegt wurden, hat zu einer Verbreiterung der Information über Existenz und Zielsetzungen der Arbeitsgruppe geführt. Die Nachfrage nach „Memoranden“ war dann immer enorm. Es läßt sich auch feststellen, daß immer wieder „Memo“-Positionen in journalistische Analysen einbezogen werden. Dies trug dazu bei, das Beratungsmonopol des Sachverständigenrats ansatzweise einzuschränken.

3. Die Träger praktizierter Wirtschaftspolitik

Die „Memoranden“ wenden sich auch an die Träger der Wirtschaftspolitik, denn diese „Memos“ zeigen alternative Handlungsmuster prinzipiell auf. Hier jedoch unmittelbare, nachhaltige Einflüsse zu erwarten, wäre naiv. Die offiziellen Reaktionen beschränkten sich bisher auf kritische Kommentierungen durch den Sprecher der Bundesregierung. Durch Hinweise aus den zuständigen Abteilungen in den betroffenen Ministerien ist jedoch deutlich geworden, daß man sich dort durchaus mit den „Alternativgutachten“ beschäftigt. Von wesentlich größerer Relevanz sind die Möglichkeiten indirekter Einflußnahme. Dies rückt die Frage in den Mittelpunkt, inwieweit in den im Bundestag vertretenen Parteien „Memorandum“-Positionen aufgegriffen werden. Abgesehen von vereinzelt Reaktionen aus der FDP beschränkt sich die teilweise positive parteipolitische Wahrnehmung auf die SPD.

4. Gewerkschaften als Adressaten

Durch die wissenschaftliche Grundausrichtung der „Memoranden“ ergeben sich vernünftigerweise enge Bezüge zu den Gewerkschaften, die die dauernde Verbesserung der Lage der

Arbeitnehmer i. w. S. als entscheiden des Organisationsziel haben. Eine der wichtigen Funktionen der von Wirtschaftswissenschaftlern vorgelegten „Memoranden“ liegt darin, die markti-deologisch immer wieder verdrängte Größe, die Arbeitnehmer, in den Mittelpunkt von Analysen und Alternativvorschlägen zu stellen. Daraus kann sich eine produktive Unterstützung allgemeiner Gewerkschaftsziele insoweit ergeben, als auch von der Wissenschaft her den grundlegenden Auffassungen der Gewerkschaften – nicht nur an den Universitäten – Platz geschaffen wird.

III. Theoretische Grundlagen der „Memoranden“

1. Die Grundorientierungen

Eine ausführliche Darstellung der theoretischen und empirischen Grundlagen der „Memoranden“ wurde 1978 vorgelegt. Unter dem Titel „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ ist neben der üblichen „Kurzfassung“ eine „Langfassung“ verfügbar gemacht worden, die im Bund-Verlag erschienen ist. Auch das im Folgejahr erschienene „Memorandum“ („Memo '79: Vorrang für Vollbeschäftigung“) ist bewußt ausführlicher gehalten worden, um empirische Weiterentwicklungen und theoretische Präzisierungen festzuhalten. Damit wird ein Charakteristikum der Arbeit der „Memorandum-Gruppen“ sichtbar: eine einmal gewonnene Position wird nicht gegen Kritik abgeschirmt und Jahr für Jahr fortgeschrieben. Über die Sicherung kontinuierlicher Forschungsarbeit, die auf die wesentlichen Problembereiche (Kurz- und Langfristanalyse, Sozial-, Haushalts-politik, Außenwirtschaft usw.) ausgerichtet ist, werden die theoretischen und empirischen Grundlagen präzisiert und weiterentwickelt. Die wirtschaftspolitische Stoßrichtung eines

jeden „Memorandums“ ist auf die anliegenden Hauptprobleme situations-bezogen ausgerichtet. Dies erklärt, warum für das jüngste „Memorandum“ (1979) der Schwerpunkt „Vorrang für Vollbeschäftigung“ festgelegt worden ist.

Die Vorlage von „Memoranden“ hat zu einer lebhaften innertheoretischen Auseinandersetzung geführt. Die Kritiker, die zwar die Notwendigkeit und Möglichkeit alternativer Wirtschaftspolitik nicht bezweifeln, setzen jedoch die theoretischen Akzente und die wirtschaftspolitischen Konsequenzen anders³. Es steht aber außer Zweifel, die Vorlage der „Memoranden“ hat dazu beigetragen, insgesamt die kritische Wirtschaftswissenschaft – nach einer Phase wenig realer „Ableitungstheorien“ – auf den Anspruch, die Real- und Alternativanalyse voranzutreiben, auszurichten. Neben den „Memoranden“ liegen auch Einzelbeiträge vor, die die theoretischen und empirischen Grundlagen ausbreiten und weiterführen⁴).

Die empirisch abgesicherte, theoretische Analyse der „Memoranden“ ist grundsätzlich darauf angelegt, die folgenden realen Phänomene aus „einem Guß“ zu erklären:

- Für die Entwicklung der bundesrepublikanischen Wirtschaft ist von Anfang an eine zyklische Bewegung (in Raten des wirtschaftlichen Wachstums) festzustellen.
- Mit der zyklischen Bewegung der wirtschaftlichen Entwicklung setzt sich langfristig ein Trend zunehmender Akkumulationsschwäche durch. Weiterhin zeigt sich, daß seit Ende der sechziger Jahre die Zyklen kürzer, ihre Ausschläge nach unten tiefer ausfallen und die Aufschwünge schwerer in Gang zu setzen sind.
- Seit Anfang der sechziger Jahre wird auch die Diskrepanz zwischen dem Tempo der Entwicklung der Arbeitsproduktivität einerseits und dem des wirtschaftlichen Wachstums andererseits größer. Während die sich aus dieser „öffnenden Sche-

re“ ergebende Arbeitsplatzvernichtung bis Anfang der siebziger Jahre durch arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen kompensiert werden konnte, gelang dies in den Folgejahren aufgrund steigender Akkumulationsschwächen und intensiver Rationalisierungen nicht mehr. Seit 1975 zeigt sich eine relative „Entkopplung“ zwischen Produktion- und Beschäftigungsentwicklung – ein Phänomen –, das erstmals theoretisch und empirisch Jörg Huffschmid ausführlich diskutiert hat⁵.

- In der wirtschaftlichen Entwicklung vollziehen sich insbesondere auf den Märkten Strukturveränderungen. Die fortschreitende Monopolisierung modifiziert die Wirkungsmechanismen des ökonomischen Systems. Dies schlägt sich im Preis-, Investitions-, Rationalisierungs- und Profitverhaltensverhalten, aber auch in der Beschäftigungspolitik nieder.
- Die zyklische und trendspezifische Wirtschaftsentwicklung bei gleichzeitig durchgesetzter Strukturdivergenzierung der Konkurrenzverhältnisse zugunsten großer Wirtschaftsaggregate fordert einerseits wachsende, ausdifferenzierte staatliche Interventionen heraus, die aber andererseits mit dem herrschenden Instrumentarium indirekter, auf marktwirtschaftliche Wirkungsmechanismen setzenden Wirtschaftspolitik nicht effizient und zielorientiert realisiert werden können.

Auf die empirische Präzisierung und die theoretische Erklärung dieser Entwicklungsphänomene sind die „Memoranden“ ausgerichtet. Verlangt ist eine analytische Deskription „aus einem Guß“. Es genügt nicht, ein „reines“ Zyklusmuster zu bestimmen und davon auszugehen, in der realen Entwicklung würde sich – in derselben Form – ein Zyklus an den anderen knüpfen. Mit der Zyklusentwicklung setzen sich veränderte Strukturbedingungen durch, die auf die Form des

wirtschaftlichen „Auf und Ab“ selbst wieder Einfluß haben. Ein weiteres Charakteristikum der „Memoranden“-Analyse ist festzuhalten. Durch den analytischen und empirischen Nachweis innerer Blockierungstendenzen gewinngesteuerter Systeme, die zu ungleich verteilten sozialökonomischen Lasten führen, werden die Hebel institutionell-struktureller Veränderungen aufgezeigt, die einzusetzen sind, wenn eine erfolgreiche alternative Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden soll.

Auf der Basis dieser grundsätzlichen Charakterisierung der „Memorandum“-Analyse lassen sich die theoretischen Elemente, die jedoch im Zusammenhang gesehen werden müssen, zusammenfassen.

2. Die Instabilitätsthese

Im Vordergrund der Analyse steht der Nachweis, daß die über einzelwirtschaftliche Gewinnerzielung gesteuerten Wirtschaftssysteme immer wieder zu Krisen und darüber langfristig zu sich vertiefenden Entwicklungsproblemen führen. Die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse einzelwirtschaftlicher Gewinnrationalität sind „irrational“, denn sie äußern sich kurzfristig in Form von Produktions- und Beschäftigungseinbrüchen und langfristig in steigender Rentabilitäts- und Akkumulationsschwäche. Privatdezentrale Wirtschaftssysteme sind durch eine instabile Dynamik gekennzeichnet. Dieser Gedanke ist nicht neu. Er taucht in frühen Krisen-, aber auch Konjunkturtheorien (Marx, Lederer, Preiser, Schumpeter, Kalecki etc.) auf.

Die Tendenz marktwirtschaftlicher Systeme, die Produktionsmöglichkeiten kurzfristig aufgrund mangelnder gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nicht ausschöpfen zu können, und damit im Zustand von unterausgelasteten Kapazitäten und Arbeitslosigkeit zu verharren, hat John Maynard Key-

nes – aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise – beschrieben.

Im Anschluß an die keynessche, gesamtwirtschaftliche Theorie sind neuerdings Instabilitätstheorien (R. F. Harrod, R. M. Goodwin, Winfried Vogt, Jörg Glombowsky) entwickelt worden, die die zyklische Dynamik im Auge haben, aber auf die damit zusammenhängende Erklärung langfristiger Trendentwicklungen verzichten. Im Unterschied zu diesen Instabilitätstheorien stellt die „Memorandum“-Gruppe den Zusammenhang zwischen ungleicher Einkommensverteilung einerseits und die Wirkungen auf den Ausbau des Produktionsapparates sowie seiner Auslastung andererseits in den Vordergrund der kurz- und langfristigen Krisenerklärung. Es wird davon ausgegangen, daß für entwickelte kapitalistische Systeme die aus der ungleichen Einkommensverteilung immer wieder resultierende Disproportionalität zwischen Produktionsapparat und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage das Hauptproblem darstellt.

Dieser Grundgedanke läßt sich bei der Erklärung der konjunkturell-zyklischen Krise verdeutlichen; er wird aber – über die Einführung des technischen Fortschritts sowie der strukturell konsumtiven Nachfrageentwicklung – auch für die Erklärung der Langfristtendenz angewandt.

Setzt die Erklärung bei der zyklischen Entwicklung in der Situation des Aufschwungs ein, so läßt sich zeigen, wie darin bereits die Notwendigkeit des nächsten Abschwungs vorgezeichnet ist. Der Aufschwung ist durch besonders günstige Gewinnchancen gekennzeichnet. Die aus der Produktionssphäre hervorgehenden Profite, die über den Löhnen liegen, lassen sich anfänglich problemlos realisieren. Aus dieser ungleichen Einkommensverteilung jedoch resultiert eine folgenreiche, unterschiedliche Verwendungsstruktur. Angesichts günstiger Gewinnrealisierungsbedingungen werden die Profite großteils

per Investitionsnachfrage für den Ausbau von Produktionsanlagen verwandt; die vergleichsweise niedrigen Löhne fließen in die konsumtive Nachfrage. Durch die hohe Nachfrage nach Investitionen kommt es zwar anfangs zu einem konjunkturell verstärkten Aufschwung („Investitionskonjunktur“). Wenn jedoch die Produktionskapazitäten ausgereift sind, stellt sich das Problem ihrer Auslastung. Der trotz Aufschwung vergleichsweise zurückgebliebene private Konsum, der aus den relativ niedrigen Löhnen im Aufschwung resultiert, verschafft sich dann Geltung.

Die Investitionsnachfrage ist mittelbar über die Industrien, die Konsumgüter produzieren, vom Endverbrauch („definitiven Konsum“) abhängig. Unzureichende Konsumnachfrage bremst die Investitionsnachfrage; Überkapazitäten sind die Folge. Die Krise ist der Mechanismus, der durch Vernichtung und Entwertung diese Situation der Überakkumulation bereinigt. Erst wenn wieder die reale gesamtwirtschaftliche Nachfrage über den Produktionskapazitäten liegt, kommt es erneut zum Aufschwung. Dieses vereinfachende Grundmodell muß für die Erklärung realer konjunktureller Verläufe – so wie es die „Memoranden“ auch tun – komplettiert werden. Über die Entwicklung der Staats- und Auslandsnachfrage sind ebenso Aussagen zu machen, wie über die Art multiplikativer (Einkommenschaffung über Investitionen) und akzelerativer (Investitionszunahme aufgrund wachsender Nachfrage) Effekte. Die Periode der Reifung von Produktionsanlagen ist zu bestimmen.

Das Grundmodell zeigt jedoch – unter vereinfachenden Annahmen – wie jeder Konjunkturaufschwung die Tendenz zum Abschwung in sich trägt. Bestimmend ist die ungleiche Einkommensverteilung, die die Produktions- und Realisierungssphäre krisenerzeugend verkoppelt. Die zyklische Instabilität marktwirtschaftlicher Systeme besteht also darin: einzelwirt-

schaftliche Gewinnmaximierung, die in der Situation des Aufschwungs einen Ausbau der Produktionskapazitäten rational erscheinen läßt, führt in der gesamtwirtschaftlichen Wirkung zu Überkapazitäten und damit zur Gewinnreduktion in der Krise. Bereits diese wenigen Aussagen zeigen: die Krise steckt in der Systemdynamik; sie ist endogen. Sie zu verhindern, verlangt die dominante Steuerung des ökonomischen Prozesses über Gewinne zurückzudrängen.

3. Die Rolle wachsender Monopolisierung

In der realen ökonomischen Krisenentwicklung, deren konjunkturelles Grundmuster hier angesprochen wurde, vollziehen sich zugleich strukturelle Veränderungen. Vor allem in Krisen, die neben Arbeitslosigkeit durch Unternehmenszusammenbrüche und verschärften Verdrängungswettbewerb gekennzeichnet sind, verändern sich die Konkurrenzbedingungen. Monopolisierungstendenzen setzen sich durch. Über verschiedene Instrumente (Preispolitik, Markteintrittsbarrieren, Zugriff auf staatliche Leistungen etc.) sichern sich monopolistische Unternehmenseinheiten Gewinnvorteile. Auf die überzyklisch stabile, bessere Profitsituation (Profit im Verhältnis zum eingesetzten Kapital) der Monopole haben die „Memoranden“ auf der Basis von Arbeiten durch eine Autorengruppe um Jörg Huffschild hingewiesen⁶. Entscheidend ist der Einfluß der Monopolisierung auf das Profitverwendungsverhalten, das Herbert Schui untersuchte⁷. Die monopolisierten Einheiten berücksichtigen ihre Absatzchancen bei der Angebotsplanung. Müssen die Monopole davon ausgehen, daß sich die Nachfragesituation (Preisabsatzfunktion) nicht deutlich verbessert, dann verwenden sie die Profite nicht voll für Erweiterungsinvestitionen. Es kommt zu einem alternativen Profitverwendungs-

Verhalten. Profite werden anstatt in Erweiterungsinvestitionen in arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen, Werbemaßnahmen, ins Ausland und in Geld- und Kapitalmarktpapiere gelenkt. Die Monopolisierung erklärt die relative Entkopplung der erzielten Profite von der Verwendung für arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen.

Erzielte Profite stellen also nicht die entscheidende Voraussetzung für Investitionspolitik dar. Erst wenn sich mittelfristig gesicherte Absatz- und damit Gewinnchancen zeigen, kommt es zur Aktivierung investiver Nachfrage, die dann freilich auch später zu Überkapazitäten führen kann. Die endogene Aufschwungkraft ökonomischer Systeme schwächt sich somit ab. Diese Tendenz wird über die monopolistische Preispolitik verstärkt. Die relativ entkoppelte Entwicklung von Preisen und Nachfrage führt dazu, daß in der Krise eine Realaufwertung der Nachfrage durch Preissenkungen nicht eingeleitet werden kann. Diese durch Monopolisierung mitverursachte Abschwächung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage verlangt wachsende, kompensierende Staatsinterventionen per Staatsausgaben und Steuerentlastungen. Empirisch läßt sich auf diesem Hintergrund erklären, warum die staatlich konjunkturellen Impulse in den letzten Jahren erheblich höher angesetzt werden mußten, um einen Investitions- und Produktionsaufschwung in Gang zu setzen.

4. Probleme der Konsumdynamik

Gewinnorientierte Produktion muß sich per kaufkraftfähiger Nachfrage über Märkte realisieren. Die quantitative Schwäche konsumtiver Nachfrage wird in der langfristigen Entwicklung durch qualitative Probleme gesamtwirtschaftlicher Realisierung überlagert. Das Prinzip einzelwirtschaftlicher Gewinnerzielung bevorzugt jene Produkte, die auf Märkten

verkauft werden können, d. h. die sich der Käufer durch Bezahlung des Preises aneignen kann. In der längerfristigen ökonomischen Entwicklung verschiebt sich jedoch auch die Nachfragestruktur. Die Nachfrage nach marktvermittelten, an das einzelwirtschaftliche Gewinnkalkül gekoppelte Waren nimmt relativ ab. Dafür schiebt sich die Nachfrage nach Produkten in den Vordergrund, die nach anderen Prinzipien erstellt und verteilt werden müssen. Dabei handelt es sich insbesondere um Leistungen im Rahmen der sozialen Infrastruktur, wie Bildungs-, Umwelt-, Dienstleistungsangebot. Da diese aufgrund ihrer sozialökonomischen Relevanz („externe Effekte“) nicht am Markt – per Preiszahlung – individuell angeeignet werden können (sollen), müssen alternative Formen der Produktion und Verteilung eingerichtet werden. Insbesondere der Staat übernimmt diese, von der Marktstruktur entkoppelte „politische Produktion“, die auf die Gesellschaft bzw. gesellschaftliche Gruppen ausgerichtet ist.

Die fiskalische und zweckspezifische Abhängigkeit des Staates vom Markt – im Sinne der Notwendigkeit staatlicher Pflege privater Wertschöpfung – schränkt den Aktionsradius für die Entfaltung zukunftssträchtiger öffentlicher Dienstleistungsproduktion erheblich ein. Sobald sich die wirtschaftliche Krisensituation verschärft und sich damit die finanziellen Bedingungen durch Steuerausfälle und der Notwendigkeit zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen verschlechtern, sind vorrangig diese wichtigen Bereiche politischer Produktion bedroht. Konservativ neoliberale Staatsökonomien empfehlen, entgegen der realen Entwicklung, diese Bereiche längerfristig durch Reprivatisierung und andere Methoden zu „entstaatlichen“. Diese Argumentation übersieht aber absichtsvoll, daß die gewinnorientierte Produktion dadurch ihre Realisierungschancen niemals verbessern kann, denn sie ist ja nicht in der

Lage, die wachsende qualitative Nachfrage nach öffentlicher Dienstleistungsproduktion einzulösen⁸. Aufgrund dieser Verschiebungen in der Nachfragestruktur resultiert eine sich abschwächende Dynamik marktvermittelten Konsums zugunsten direkt gebrauchswertorientierter, politischer Produktion. Aus diesem Entwicklungsmuster ergeben sich zusätzliche interne Grenzen für eine Wachstums- und Vollbeschäftigungsstrategie, die die Forcierung gewinnorientierter Produktion in den Vordergrund stellt.

Diese qualitative Betrachtung der Nachfrageentwicklung läßt sich auch auf die gesamten Voraussetzungen und Wirkungen einzelwirtschaftlich ausgerichteter Produktion und Verteilung übertragen. Das einzelwirtschaftliche Gewinnkalkül führt in seiner gesamtwirtschaftlichen Wirkung zu Gefährdungen der Um- und Lebenswelt. Diese Auswirkungen treten immer erst *post festum* auf; das Gewinn-, Preissystem signalisiert sie nicht bei der einzelwirtschaftlichen Produktionsentscheidung.

6. Analyse langfristiger Krisentendenzen

Diese generelle Charakterisierung der in das Gewinnsystem nicht eingebauten Möglichkeiten, gesamtwirtschaftliche, negative Wirkungen bereits bei den einzelwirtschaftlichen Entscheidungen beachten zu müssen, läßt sich auch für die kapitalistische Durchsetzung des technischen Fortschritts beschreiben. Der durch die Konkurrenz vermittelte Zwang, die Gewinnsituation über die Durchführung von Rationalisierungsinvestitionen zu verbessern, führt im Trend zu gesamtwirtschaftlichen Wirkungen, die die Rentabilitätserwartungen langfristig durchkreuzen. Für die Langfristanalyse lautet daher die Hauptthese der „Memoranden“: Die einzelwirtschaftlich gewinnorientierte Durchsetzung technischen Fortschritts führt

zu überkonjunktureller Überakkumulation und damit zur Verschlechterung der Kapitalrentabilität einerseits und Verlangsamung des Akkumulationstempos andererseits. Rationalisierungsinvestitionen, mit denen bei gesamtwirtschaftlicher Nachfrageschwäche die Kosten-Erlös-Relation verbessert werden soll, bilden nur ein kurzfristiges Schlupfloch. In der langen Frist führen sie zu einer Disproportionierung zwischen einem gigantischen Angebot, das auf einem hochtechnisierten Produktionsapparat erstellt werden kann, und einer einkommensspezifisch und qualitativ eingeschränkten gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Dieses Dilemma, demzufolge die Profitverwendung für Rationalisierungsinvestitionen zur längerfristigen Verschlechterung der Rentabilitätsbedingungen führt, gilt für alle Formen des technischen Fortschritts:

- Führt der technische Fortschritt zu einer Steigerung der Produktion je Arbeiter, bzw. je Beschäftigtenstunde (Zunahme der Arbeitsproduktivität) – bei angenommener, unveränderter Kapitalproduktivität – kommt es zu dieser beschriebenen Gewinnparadoxie. Werden keine zusätzlichen Investitionen vorgenommen, entsteht aufgrund der Arbeitsplatzvernichtung Arbeitslosigkeit einerseits und darüber Druck auf die Lohnabschlüsse andererseits. Einer darüber eingeschränkten konsumtiven Nachfrage steht ein technisch verbesserter, ergiebigerer Produktionsapparat gegenüber. Der Druck auf die Gewinne aufgrund der Realisierungsprobleme ist unübersehbar. Aber auch der Strategie, die Arbeitslosigkeit – bei gestiegenem Einsatz von Kapital pro Arbeiter (Kapitalintensität) – durch Erhöhung der Investitionen zu überwinden, ist kein Erfolg beschieden. Der relativ steigende Kapitaleinsatz (Neuinvestitionen) verlangt unter profitwirtschaftlichen Bedingungen eine entsprechende Erhöhung der Gewinne. Dies geht auf Kosten von

Lohn- oder/und Steuerquote. In beiden Fällen schwächt sich die daraus fließende staatliche und privat-konsumtive Nachfrage gegenüber dem erhöhten Produktionsangebot ab. Die Umstrukturierung der Nachfrage auf marktentkoppelte Produktion verschärft diese Situation. Das heißt: die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung über rein gewinninduziertes Wachstum blockiert sich selbst. Sie ist nicht nur nicht möglich, sie ist sozialökonomisch auch unerwünscht.

- Wird aber davon ausgegangen, der technische Fortschritt würde neben der Arbeitsproduktivität auch die Kapitalproduktivität erhöhen – also arbeits- und kapitalsparend wirken – so wiederholt sich das Gewinn dilemma. Die Durchsetzung kapitalsparender Technologien – wie Mikroprozessoren – läßt sich zwar gesamtwirtschaftlich noch nicht durchschlagend feststellen; in einigen Branchen dominieren diese aber schon (vgl. die instruktiven Berechnungen von Jörg Huffschild)⁹. Ist der technische Fortschritt dadurch gekennzeichnet, daß durch ihn die Kapitalproduktivität mehr als die Arbeitsproduktivität steigt, dann sinkt der Kapitaleinsatz pro eingesetztem Arbeiter. Vergleichsweise sinkt damit der Kapitaleinsatz für die gesamtwirtschaftliche Produktion. Soll in dieser Situation Überakkumulation verhindert werden, müßten die Investitionen und damit auch die Profite gesenkt werden. Diese gesamtwirtschaftliche Anforderung widerspricht jedoch der Logik profitrationaler Durchsetzung des technischen Fortschritts. Im Verhältnis zu den gesamtwirtschaftlichen Nachfragebedingungen wächst ein überproportionaler Kapitalapparat heran. Aus der einzelwirtschaftlichen Gewinnmaximierung resultiert eine gesamtwirtschaftliche „Gewinnfalle“; die Kapitalrentabilität sinkt durch die unvermeidbare Überakkumulation.

Diese Langfristanalyse, die insbesondere im „Memorandum 1978“ vorgestellt wurde und an der weiter gearbeitet wird, zeigt, daß die rationale Steuerung durch das Prinzip einzelwirtschaftlicher Gewinnmaximierung blockiert wird. Gerade das, was der technische Fortschritt ermöglichen kann, wird durch die Gewinnlogik verhindert: die Weitergabe der Vorteile des technischen Fortschritts an die Arbeitnehmer. Politische Strategien, die auf die Überwindung dieses Gewinndilemmas ausgerichtet sind, müssen an der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und an der Erhöhung der Staatsquote zur Finanzierung politischer Produktion ausgerichtet werden. Dies bedeutet aber von den Kräfteverhältnissen her, die einzelwirtschaftlichen Profitansprüche zurückzudrängen, um das möglich zu machen, was ökonomisch notwendig und sozial erwünscht ist.

IV. Elemente einer alternativen Wirtschaftspolitik

Alternative Wirtschaftspolitik ist prinzipiell auf die Überwindung der hier theoretisch angedeuteten Blockierungstendenzen ausgerichtet. Dabei stellt sie die Lage der Arbeitnehmer in den Vordergrund politischen Handelns. Sie geht davon aus, daß die vorherrschenden Instrumente der Wirtschaftspolitik, die sich auf eine funktionsfähig unterstellte Marktwirtschaft indirekt und global beziehen, überhaupt nicht ausreichen, die kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungsprobleme zu lösen. Dies sei an einem Beispiel verdeutlicht: Im Gegensatz zur keynesianischen Globalsteuerungspolitik, die seit 1967 im „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ verankert ist, wird in den „Memoranden“ davon ausgegangen, daß mit konjunkturpolitischen Maßnahmen der Ausbau der politischen Kontrolle verbunden werden muß. Denn durch Strukturveränderungen – etwa wie

Monopolisierung, Branchenverschiebungen sowie Rationalisierung – haben sich die Wirkungsmechanismen der Wirtschaft so verändert, daß die wirtschaftspolitischen Impulse nicht zielgerecht wirken. Daraus folgt die Notwendigkeit des Ausbaus eines politischen Kontrollsystems. Aus der mangelnden Effizienz keynesianischer Wirtschaftspolitik kann vernünftigerweise nicht das neoliberal-konservative Credo „Zurück von Keynes“, sondern nur die Devise „Keynes plus Auflagenpolitik“, die Preis-, Mengen- und Beschäftigungseffekte kontrolliert, resultieren.

Die Zurückdrängung der die Blockierungstendenzen verursachenden Gewinnsteuerung führt zu einem intensitätsmäßig gestuften Einsatz aufeinander bezogener Maßnahmen alternativer Wirtschaftspolitik, die hier spiegelstrichartig festgehalten werden sollen:

- expansive Lohnpolitik, die die Kaufkraft für immer noch erforderliche Marktprodukte sichert und damit die konjunkturellen Bewegungen abschwächt;
- beschäftigungs- und bedarfsorientierte Finanzpolitik, die den Spielraum für marktentkoppelte, sozialorientierte, politische Produktion erweitert;
- Arbeitszeitverkürzung, die mittelfristig die Vorteile der Rationalisierung an die Arbeitnehmer weitergibt und die, wie eine neue Untersuchung des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB) belegt, in der Vergangenheit stärkere Arbeitslosigkeit verhindert hat (seit 1960 gehen 65 Prozent der Neueinstellungen auf Arbeitszeitverkürzung zurück) sowie bis in die achtziger Jahre dazu beiträgt, daß die zu erwartende Arbeitslosigkeit abgebaut wird (bei Verkürzung der Jahresarbeitszeit um jahresdurchschnittlich 2,2 Prozent und einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent pro Jahr bis 1985 wird die Arbeitslosigkeit auf ca. 250.000 abge-

baut; ansonsten schnellst sie auf ca. 1,6 Millionen registrierte Arbeitslose);

- Auflagenpolitik, die dafür sorgt, daß die mit Konjunktur- und Strukturprogrammen verbundenen Beschäftigungsziele nicht durch unkontrollierte Preissteigerungen und Rationalisierungen abgeschwächt werden.

Diese funktionellen, kurz- und mittelfristigen Forderungen werden von der Notwendigkeit institutioneller Veränderungen überlagert. Die Fortsetzung der Demokratisierung und Mitbestimmung sind eine wesentliche Voraussetzung zur erfolgreichen Durchsetzung alternativer Wirtschaftspolitik. Der allmählichen politischen Zurückdrängung der gewinn-gesteuerten Wirtschaft steht die Notwendigkeit gegenüber, ein alternatives wirtschaftsdemokratisches System schrittweise durchzusetzen. Denn die Realisierung eines alternati-

ven krisenfreien Wachstumstyps, bei dem die Entscheidung über das Wie, Was, Wofür und Für wen der Produktion an die Arbeitnehmer und ihre Organisationen gegeben wird, verlangt eine bewußte, auf indirekte Wirkungen verzichtende demokratische ex ante-Planung. Aus dieser Perspektive heraus müssen die Ansätze zur Investitions- und Preislenkung als Einstieg in eine alternative demokratisierte Vergesellschaftung neu diskutiert und die soziale Phantasie darauf gelenkt werden. In Richtung Reformierung der Marktwirtschaft zielt eine Aussage, die der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter 1979 formuliert hat: „Wenn die Marktwirtschaft, wie das offenbar der Fall ist, das Recht auf Arbeit und die Vollbeschäftigung nicht garantieren kann, wenn immer wieder die Gewinninteressen für wenige über die Interessen der vielen Arbeitnehmer triumphieren, dann müssen wir die Marktwirtschaft reformieren.“

Literaturangaben

- *) Dieser Beitrag basiert auf den bisher erschienenen „Memoranden“ sowie auf den intensiven wissenschaftlichen Diskussionen in der Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“. Insofern referiert er die Grundauffassungen, die in die „Memoranden“ eingegangen sind. Es handelt sich jedoch um keine mit den „Memoranden“-Unterzeichnern abgestimmte offizielle Darstellung.
- 1 Folgende „Memoranden“ sind bisher der Öffentlichkeit vorgelegt worden:
1975: Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/1975, S. 1287 ff.
1977: Vorschläge zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit; in: Blätter ... 5/1977, S. 625 ff.
1978: Memorandum '78 – Alternativen der Wirtschaftspolitik; Kurzfassung in: Blätter ... 5/1978, S. 624 ff.; Langfassung im Bund-Verlag Köln 1978 (zwischenzeitlich 2. Aufl. 1979)
1979: Memorandum '79 – Vorrang für Vollbeschäftigung – Alternativen der Wirtschaftspolitik; im: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979; Auszüge in: Blätter ... 5/1979, S. 614 ff.
 - 2 Marktorientierte, neoklassische Kritiken an den „Memoranden“ haben vorgelegt: J. Starbatty, Kritische Anmerkungen zu den „Alternativgutachten“; in: List-Forum, Bd. 9 H. 6 (1977/78)
R. Vaubel, „Alternativen der Wirtschaftspolitik“? Das Memorandum der 130: Eine Widerlegung; in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 56, Kiel 1978
 - 3 Vgl. dazu die Kritiken von:
E. Altvater/W. Semmler/J. Hoffmann, Notwendigkeit und Schwierigkeit eines Programms alternativer Wirtschaftspolitik – Zur Kritik des Memorandums“, in: WSI-Mitteilungen 2/1979, S. 61 ff.
Autorengruppe des SSI, Zum Memorandum 79; in: WSI-Mitteilungen 6/1979, S. 296 ff.
 - Eine umfassende Auseinandersetzung in der Form von Kritik und Antikritik mit den „Memoranden“ enthält der eigens dazu herausgegebene Sonderband: Alternative Wirtschaftspolitik – Methodische Grundlagen, Analysen und Diskussion; Argument Sonderband AS 35, Berlin 1979 (mit Beiträgen von: J. Berger, R. Hickel, M. Bolle, U. Geipel, J. Glombowsky, J. Goldberg, J. Huffscheid, K.-P. Kisker, A. Oppolzer, W. Pfaffenberger, H. Schneider, R. Seitenzahl, P. Strutyński, K. H. Tjaden, W. Vogt, H.-J. Weißbach)
 - 4 Vgl. dazu etwa Jörg Huffscheid, Marktwirtschaft in der Bundesrepublik – Geschichte, Probleme und Perspektiven; in: U. Albrecht/F. Deppe/J. Huffscheid u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik – Beiträge, Kleine Bibliothek, Pahl-Rugenstein Verlag 1979, S. 40 ff.
 - 5 J. Huffscheid, Entkopplung von Konjunktur und Beschäftigung – Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der „Ölkrise“; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1979, S. 75 ff.
 - 6 Arbeitsgruppe Großunternehmen, Gewinnentwicklung und Gewinnverschleierung in der westdeutschen Großindustrie – Eine Untersuchung der 50 umsatzgrößten Kapitalgesellschaften der Bundesrepublik Deutschland von 1967 bis 1975, Bund-Verlag, Köln 1977, 2 Bde.
 - 7 H. Schui, Stagnation als Folge zunehmend differenzierter Profitraten; in: Konjunkturpolitik 1/1978, S. 16 ff.
 - 8 Vgl. dazu R. R. Grauhan/R. Hickel, Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Ausweichstrategien, Perspektiven staatlicher Politik; in: R. R. Grauhan/R. Hickel (Hrsg.), Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien; Sonderheft 1/1978 des „Leviathan“, Opladen 1978, S. 24 ff.
 - 9 J. Huffscheid, Produktivkraftentwicklung und Wirtschaftsentwicklung im Spätkapitalismus, Manuskript, Bremen 1979, S. 5